

Betreff: **Neuer Sitz des Landesrechnungshofes Brandenburg in der Stadt Eberswalde**

Beratungsfolge:

Stadtverordnetenversammlung	01.03.2018	Entscheidung
-----------------------------	------------	--------------

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverordnetenversammlung Eberswalde spricht sich dafür aus, den Sitz des Landesrechnungshofes Brandenburg von Potsdam nach Eberswalde in das Landesbehördenzentrum zu verlagern.
2. Der Bürgermeister wird beauftragt, den Präsidenten des Landesrechnungshofes Brandenburg, die Präsidentin des Landtages Brandenburg sowie den Ministerpräsidenten über den Beschluss zu informieren und für eine Ansiedlung des Landesrechnungshofes in Eberswalde zu werben.

Zur Begründung:

Zurzeit wird eine öffentliche Diskussion über den zukünftigen Sitz des Landesrechnungshofes Brandenburg geführt. Dies sollte Anlass sein, sich auch als Stadt Eberswalde für die Ansiedlung des Landesrechnungshofes ins Gespräch zu bringen. Die Verlagerung des Landesrechnungshofes aus Potsdam, kann ein starkes Zeichen dafür sein, dass die von der Landesregierung postulierte Entwicklung in der Fläche des Landes tatsächlich ernst genommen wird.

Unser Eberswalde hat wie kaum eine andere Stadt in den letzten Jahren unter Strukturentscheidungen der Landesregierung leiden müssen. Anfang der 2000er Jahre wurde das Polizeipräsidium Eberswalde geschlossen. Auch wenn eine teilweise Kompensation durch die Ansiedlung des Landeskriminalamtes vorgesehen war, so wurde diese durch die Eingliederung des Landeskriminalamtes in das Potsdamer Polizeipräsidium teilweise konterkariert. Der Umzug des Staatlichen Schulamtes vom Landesbehördenzentrum nach Frankfurt (Oder) hat zum Verlust von Arbeitsplätzen in Eberswalde geführt und die Lösung der bildungspolitischen Probleme in den Landkreisen Uckermark und Barnim deutlich erschwert.

Auch die Entscheidungen für den Sitz der Polizeiinspektion Barnim in Bernau sowie die Verlagerung des Polizeistandes von der Eberswalder Stadtmitte in das Landesbehördenzentrum Südend waren Entscheidungen, die zu Recht von den Menschen vor Ort kritisiert wurden.

Die Ansiedlung des Landesrechnungshofes in Eberswalde kann dafür jetzt eine Kompensation und Stärkung der Stadt Eberswalde und der gesamten Barnimer Region sein. Gemeinsam mit der Stadt Eberswalde sollte sich daher auch die Kreisverwaltung dafür einsetzen, dass die Barnimer Kreisstadt als Standort in die Debatte eingebracht wird. Wir können und werden dem Landesrechnungshof ein guter Gastgeber sein.

gez. Uwe Grohs
Fraktionsvorsitzender